

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich (Sonntags ausser) Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graubacher Str. 5/6, durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Stück 20 Pf. Verlagsgesellschaft Nr. 7748.

Telephon Nr. 451.

Subscriptiongebühren: Vierteljährlich 2 Mk., halbjährlich 3 Mk., jährlich 5 Mk. (Postgebühren extra). Einzelnummern 20 Pfennige. Für die Expedition sind die Bestellungen zu richten.

Telephon Nr. 451.

Nr. 124

Dienstag, den 31. Mai 1894.

9. Jahrgang

Politische Uebersicht.

Unsere Waffen gegen den Freisinn.

I.

Das die socialdemokratische Partei entschlossen ist, bei den kommenden Wahlen die linksstehenden bürgerlichen Parteien und insbesondere die freisinnige Volkspartei im Kampfe gegen die agrarisch-reactionären Sammelpolitiker nach Kräften zu unterstützen, braucht hier nicht des Näheren erörtert zu werden. Und daß diese Unterstützung unsererseits den Freisinnigen nicht nur in den Stichwahlen zwischen solchen und Candidaten der Sammelpolitik zu Theil werden wird, sondern daß wir schon im Wahlkampfe uns vor agitatorischen Fehlschritten zu hüten haben und nicht eine Kampfweise wählen werden, die lediglich zur Stärkung der Reichen der allergefährlichsten Feinde des Volkes führen müßte, ist ebenfalls selbstverständlich und wurde auch in diesem Blatte schon mehrfach entschieden betont. Gewiß ziehen wir ohne Bedenken das „kleinere Uebel“, einen Freisinnigen Richterlicher Oberbau; und auch noch einen Richterlichen Wabelsträmpfer einem reactionären Deutepolitiker agrarisch-nationalliberal-conservativer Tendenz vor, und selbst ein Centrumsmann dürfte uns in solchen Fällen meist noch annehmbarer erscheinen, als der Stummling und Blödsünder.

Aber diese von der Nothwendigkeit vorgeschriebene Taktik wird uns andererseits nicht hindern, dort, wo es gilt, an die Stelle eines in wichtigen, die Volksinteressen berührenden Fragen oft schwankenden und unzuverlässigen freisinnigen Gegners der heranrückenden Reaction einen entschiedenen, unerschütterlich feststehenden Feind, einen Socialdemokraten zu setzen, scharf und energisch den Kampf auch gegen den Freisinn beider Richtungen aufzunehmen. Das wird nicht nur in den Kreisen der Fall sein, die uns schon gehörten und die wir nun gegen den Angriff der Freisinnigen zu verteidigen haben werden, sondern auch in solchen Kreisen, die bisher zum freisinnigen Bestehen zählten, nach ihrer wirtschaftlichen wie politischen Entwicklung jedoch der Socialdemokratie verfallen sind. Daß dieser Kampf, wenn auch entschieden, so doch streng sachlich und in ruhiger, leidenschaftsloser Weise geführt werden soll, ist nicht nur ein Gebot politischer Klugheit, sondern erfordert vor Allem unsere gute und große Sache selbst, die es als ihrer unwürdig erscheinen läßt, den Kampf für sie mit niedrigen und unreinen Mitteln zu führen.

Was könnte uns übrigens veranlassen zur Anwendung derartiger Mittel bei der nothwendigen Bekämpfung des Freisinn, da doch dieser selbst eine reiche Auswahl guter Waffen uns in die Hände gegeben hat? Mögen wir von den freisinnigen Thaten, Reden und Handlungen betrachten, welche wir wollen, wo finden wir irgend eine von dem echt demokratischen Geiste befehlte, der für eine wirkliche Volkspartei unerlässlich sein muß? Und wo finden wir in der freisinnigen Partei oder, wenn wir wollen, in den freisinnigen Parteien auch nur eine leise Spur wirklichen socialen Verständnisses oder gar einen bescheidenen Anflug zu Bestrebungen socialer Art? Wenn wir die freisinnigen Parteien der beiderseits in Wahlzeiten gar reichlich gependeten recht radikal klingenden, aber meist nichtsagenden Phrasen entkleiden, wenn wir sie einmal auf Herz und Nieren prüfen und nach ihren Thaten schauen, dann offenbart sich in diesem „Freisinn“ ein ebenso großer Mangel an demokratischem Bewußtsein und socialen Empfinden, wie eine Fülle obersten, reactionärsten Spießbürgerthums.

Nehmen wir nur einmal die Stellung des Freisinn zum allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht. Gewiß, wir glauben ja, daß im Falle eines Angriffs auf dies oberste Volkrecht, vielleicht im neuen Reichstage, die Freisinnigen an unserer Seite stehen und unter keiner Bedingung in eine Verkürzung willigen werden. Aber dieser Widerstand wird seine Ursache viel mehr in der tactischen Rücksicht auf gewisse noch demokratisch empfindende bürgerliche Schichten des Volkes finden, als in der wirklichen, von Herzen kommenden, mit dem ganzen Wesen der Partei eng verbundenen Liebe zu diesem höchsten Rechte des gesammten Volkes. Darüber belehrt uns am Besten das Verhalten der Freisinnigen in der Frage des Gemeindevahlrechts.

Im Programm der Freisinnigen Volkspartei heißt es: „Selbstverwaltung in Communalverbänden und Gemeinden, Reform des Wahlrechts in denselben nach den Bedürfnissen der Einzelstaaten, keine Klassenwahlen, keine öffentliche Abstimmung“. Ist schon das möglichst mattherzig, unklar und verschwommen ausgedrückt und alles Andere eher, als eine klare, entschiedene Stellungnahme zum demokratischen Wahlrecht auch in den Gemeinden, so widerspricht das thatsächliche Verhalten der Freisinnigen zu den Gemeindevahlrechtsfragen doch selbst noch den dürftigen programmatischen Forderungen derselben auf das Entschiedenste. Ist doch das geradezu jämmerliche Communalwahlrecht Preussens verschiedenen freisinnigen Stadtverwaltungen noch gar nicht schlecht genug, so daß sie, wie z. B. in Breslau, jahrelang die vom Gesetz ermöglichte geringe Verbesserung, d. h. Ausdehnung des Wahlrechts auf einige Arbeiterschichten, zu vereiteln suchten, oder gar, wie die vielberufene „freisinnige“ Kieler Stadtverwaltung, den Wahlcensus derart erhöhten, daß die paar Hundert wahlberechtigten Arbeiter ihres Wahlrechts beraubt wurden. Solches und Ähnliches ist im Laufe der Jahre in einer ganzen Reihe von „liberal“ resp. „freisinnig“ regierten Communen vorgekommen und befandert überzeugend, daß es mit der Neigung unseres Freisinn zum demokratischen allgemeinen gleichen Wahlrecht sehr traurig bestellt ist. Das mag sich ja erklären aus der Thatsache, daß der Eintritt socialdemokratischer Elemente in die Stadtverwaltungen der bisherigen Interessentwirtschaft der freisinnigen Localgrößen, der besitzenden und in den größeren Communen tonangebenden Kreise ein unerfreuliches Ende machen dürfte, keineswegs aber ist dies Verhalten geeignet, das immer mehr schwindende Vertrauen in die Freisinnigkeit unserer „Freisinnigen“ neu zu beleben.

Wir sind darauf gefaßt, gegenüber diesen und manchen anderen Vorwürfen von den freisinnigen Volksparteilern die Entgegnung zu vernehmen, daß solche Vorwürfe, wenn überhaupt Freisinnige, so doch nur solche von der freisinnigen Vereinigung treffen könnten. Eine Berechtigung ist diesem Einwand aber doch nicht zuzuerkennen, so bequem er den Volksparteilern Angesichts mancher Vorkommnisse auch sein mag. Die kleinen Häuflein und persönlichen Eifersüchtelien, welche die beiden freisinnigen Gruppen seit einigen Jahren äußerlich trennten, beharren ihre zweifellose innere Zusammengehörigkeit durchaus nicht. Das hat außer Anderem sehr deutlich das Verhalten der beiden freisinnigen Gruppen zur jüngsten Marinevorlage gezeigt. Haben irgendwelche grundsätzliche Bedenken, die Erkenntnis etwa von der Nothwendigkeit, das herrschende militärische System, die mit dem Militarismus verknüpfte neu-deutsche Weltmachtspolitik principiell zu bekämpfen, den Widerstand der freisinnigen Volkspartei gegen die Flottenvorlage verursacht? Gewiß nicht! Die Richter, Hermes, Träger sind

ebenso wie die Barth, Richter und Frese weit entfernt, den Militarismus grundsätzlich zu bekämpfen.

Es handelt sich für beide Theile bei neuen militärischen Forderungen lediglich um die Frage, in welchem Umfange solchen mit Rücksicht auf die Finanz- und Steuerverhältnisse in Reich und Staaten gegenwärtig zugestimmt werden soll. Waren doch auch bei der letzten Marinevorlage beide Gruppen des Freisinn zunächst einig in der abweisenden Beurtheilung der ungeheuren Höhe der Regierungsforderungen, und ebenso erschien zunächst beiden Gruppen das Septennat als ein entschieden verwerflicher Angriff auf das Budgetrecht des Reichstages. Später erst entdeckte der rechte Flügel des Freisinn unter Barth-Richter sein der Marinevorlage holdes Herz, gewiß mehr der Furcht vor den staatschauschwärmenden auch freisinnigen Wählern als der eigenen Ueberzeugung folgend, während die linke „fest“ blieb, in der zagen Hoffnung, daß der Umfall der feindlichen Brüder wie einer Anzahl Centrumsmänner die drohende Gefahr einer Reichstagsauflösung beseitigen würde. Mit welchem Aufwande männlicher Entschlossenheit weisen die Volksparteiler die Insinuation der Flottenschwärmer zurück, daß sie nicht bereit wären, das für die Wehrhaftigkeit des Vaterlandes Nothwendige mit zu bewilligen, koste es was es auch wolle. Bei den Freisinnigen jedoch: „Richtungen“ handelt es sich bei der Entscheidung über Militär- und Marineforderungen nicht um eine Frage des Princips, sondern lediglich um die Frage der Quantität.

Daß die strittige Marinevorlage nicht etwa eine gähnende Kluft zwischen Volkspartei und Vereinigung gerissen hat, zeigt auch der Umstand, daß beide sich bei den Wahlen sehr gut vertragen, hier die Leuten von der Vereinigung für den Volksparteiler, dort umgekehrt diese für jenen agitieren und stimmen. Und wenn Eugen Richter, der ein guter Haffer ist, nicht persönlich noch zugefallen wäre mit einigen „Führern“ von der Vereinigung, dann würde sich der inzwischen geschlossene Frieden zwischen den feindlichen Brüdern noch rascher und gründlicher vollzogen haben. Immerhin standen nur noch in zwei oder drei Kreisen beide Gruppen infolge localer Parteilichkeiten, keineswegs infolge grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten, einander feindlich gegenüber. Sonst waren Wabelsträmpfer und Wassertrichter bei den Wahlen ein Herz und eine Seele. Und warum denn auch nicht? Nicht nur bei Militär- und Marinevorlagen und bei der Frage des Gemeindevahlrechts zeigen beide Gruppen, wie wenig sie wirklich, vom demokratischen Bewußtsein geleitete Volksparteien sind. Das zeigt sich auch bei vielen anderen Gelegenheiten.

Zur Lebensmittelvertheuerung.

Die Getreidepreise haben sich auch in den letzten Tagen auf ihrer bisherigen Höhe erhalten und es ist keine Aussicht auf baldige wesentliche Herabminderung derselben vorhanden.

Eine Theuerungszulage von täglich 20 Pf. hat die Stadtverordneten-Versammlung in Gießen neben einer Bohnerhöhung den städtischen Canalarbeitern und Straßenkehrern bewilligt. Der Oberbürgermeister theilt der Versammlung mit, er sei durch das Reichsamt beim Ministerium um die Genehmigung zur Aufhebung oder Suspendirung des Decrets auf Backwaaren und Mehl eingekommen, falls die Versammlung einem dahin gehenden Antrag für das kommende Budgetjahr zustimmt.

Ueber Lebensmittelpreise in München wird der „Frankf. Zeitung“ geschrieben: Die Geschäftsleute der

großer grauer Schnurbart, sein kurz geschorenes Haar verliehen ihm ein würdevolles militärisches Aussehen.

— Was wünschen Sie, Herr Souve? fragte sie beruhigt.

— Ich habe Sie wohl heute Morgen draußen gesehen, wie Sie hinter den Teppichen plauderten. Sie wissen, daß das gegen die Hausordnung ist, und wenn ich es melde . . . Sie lacht sie wohl sehr, Ihre Freundin Pauline? Was habt Ihr denn, Ihr Weiden, daß Ihr Euch so lacht?

Denise verstand ihn zwar nicht, aber aufs Neue hatte sich ihrer Unruhe bemächtigt. Er kam ihr zu nahe, er sprach ihr ins Gesicht.

— Es ist wahr, wir plauderten ein wenig, Herr Souve, stammelte sie, aber das ist doch nicht so schlimm . . . Sie sind sehr gut gegen mich, ich danke Ihnen.

— Ich sollte eigentlich nicht gut sein, sagte er. Ich kenne nur Gerechtigkeit . . . aber wenn man so hübsch ist . . .

Und er rückte ihr noch näher. Nun wurde ihr angst. Sie erinnerte sich der Worte Paulines, der Schwestern, die im Umlauf waren, von den Verkaufstagen, die der alte Souve terrorisirte, indem er sich sein Wohlwollen bezog. Im Magazin allerdings begnügte er sich mit kleinen Berührungen, kniff die Frauen, die ihm gefielen, ärztlich in die Wangen, ergriß ihre Hände, und hielt sie lange fest, wie in Bergeshöhe.

Das konnte man immer noch als väterliches Wohlwollen bezeichnen, seinen sinnlichen Gefühlen ließ er sich nicht hingeben, wenn eine Einladung zu einem Dinnerbot in seiner Wohnung angenommen wurde.

— Lassen Sie mich! sagte das junge Mädchen zurück.

— Nun, sagte er, Sie wollen doch nicht etwa die rüde Epiphanie gegenüber einem Fremden, der Sie nicht kennt . . .

Zum Glück der Damen.

Roman von Emile Zola.

Uebersetzt von Dr. H. Kofa.

(Die Buchform erschienen bei J. Neumann, Neudamm.)

47)

Rechtens verboten.

— Der Teufel soll mich holen, bemerkte eine kleine Verkäuferin aus der Bäcker-Abtheilung. Er hatte ganz recht.

Da ihr die Pauline auf. Wie! Wenn man so einen Herrn nicht mehr liebt, solle er berechtigt sein, einem den Hals durchzuschneiden. O nein! — und zu dem bedienenden Rädchenjungen gewendet fügte sie hinzu: Pierre, ich kann das Rindfleisch nicht hinunterwürgen . . . lassen Sie mir in der Küche eine kleine Omelette machen . . .

Um sich die Zeit zu vertreiben, bis diese kam, zog sie einige Chocoladenplättchen aus der Tasse, denn sie hatte stets einige Rädchenjungen in der Tasse, und begann diese mit ihrem Brot zu knabbern.

— Gewiß, einen solchen Mann zu haben, ist kein Vergnügen, bemerkte Klara. Es giebt recht eifersüchtige Männer. Vor Kurzem hat ein Arbeiter seine Frau in einen Brunnen geworfen.

Sie ließ die nicht aus den Augen und glaubte Alles erzählen zu haben, als sie sah, daß sie erbleichte. Diese Scheinheilige jäherte offenbar vor dem Gedanken, von ihrem Geliebten, den sie betrog, geohrfeigt zu werden.

Pauline, die einen Augenblick in able Larme zu gerathen schien, weil sie glaubte, daß die Omelette, die man ihr brachte, zu braun geworden sei, wurde wieder heiter, als sie die Omelette nicht isst fand.

— Reichen Sie mir doch die Weinschale, sagte sie zu Denise. Sie sollen sich auch eine Omelette bestellen.

— O, das Rindfleisch genügt mir, erwiderte das junge Mädchen, das, um alle unabhigen Aufgaben zu ver-

meiden, sich mit der Kost des Hauses begnügte, so widrig diese war.

Als der Rädchenjunge gebackenen Reis brachte, protestirten die Damen. Sie hatten ihn vorige Woche stehen gelassen und hatten gehofft, er würde nicht wieder auf ihrer Tafel erscheinen. Denise, die ganz zerstreut und nach den von Klara erzählten Geschichten wegen Jean in Besorgnis war, daß ganz allein von dem Reis, und alle sahen sie mit Blicken an, in denen sich ihr Mißbehagen ausdrückte. Sie ließen sich alle noch besondere Speisen bringen und alle aßen Confituren. Es gehörte zum guten Ton, sich für sein eigenes Geld zu betheiligen.

— Still! küßte Pauline. Da ist der alte Karr!

Es war der Inspector Souve, der gern gegen das Ende der Wahlzeiten in der Nähe der Frauen umherfrick. Nebenbei hatte er die Aufsicht über die Speiseküche. Inzwischen trat er ein und machte die Runde um den Tisch; zuweilen ließ er sich auch in ein Gespräch ein und wollte wissen, ob es ihnen gut geschmeckt habe. Doch da er sie beschäftigte und langweilte, beizien sich alle, fortzukommen. Obwohl das Glockenzischen noch nicht gegeben war, zog sich doch zunächst Klara zurück; die Anderen folgten. Nur Denise und Pauline blieben sitzen. Diese verzehrte, nachdem sie ihren Kaffee getrunken, den Rest der Chocoladenplättchen.

— Ich will einen Jungen um Apfelsinen schicken, sagte sie und erhob sich. Kommen Sie mit?

Sofort, erwiderte Denise, die an einer Brotkruste knabberte. Sie wollte allem zusehender, um Robineau anzusprechen zu können, wenn er vom Mittagessen hinausging. Doch als sie sich mit Souve allein fand, schloß sie ein Unbehagen und beschloß die Tafel. Als er sah, daß sie auf die Thür zu schritt, vertrat er ihr den Weg.

— Frankreichs Dank . . .

Er stand vor ihr und lächelte sie lächelnd an. Sein

zalgischen Latijunbienbesitzer sehen vielleicht in aller Seelenruhe zu, wie sich die Wuth der von ihnen ausgepowerten Bauern gegen die Juden richtet. Allein die Erfahrung lehrt, daß sich aus den Judenhegen stets Angriffe auch nach anderer Richtung hin entwickeln; erst bei den Prager Unruhen hat man wieder diese Beobachtung machen können. Jedenfalls ist die Lage in Galizien, wie aus allen bisherigen Meldungen hervorgeht, sehr ernst.

Die Reichstagswahlen.

Vom freisinnigen Sündenconto.

Die Freisinnigen sind erboht darüber, daß ihnen in dem Handbuch für socialdemokratische Wähler nur platonische Liebe für das Reichstagswahlrecht nachgesagt wird. Daß sie aber, wie in so vielen anderen Fragen, auch in dieser Frage im Ernstfalle wie ein Taschenmesser zusammenklappen, beweisen u. A. die Verhandlungen des Landtages von Sachsen-Meinigen über den Entwurf der neuen Gemeinde-Ordnung vom 16. März 1897, die in den Städten das allgemeine und gleiche Stimmrecht aufhebt und dafür ein Steuerstimmrecht einführt, wonach auf den gewöhnlichen Bürger eine Stimme, auf den über 15 Mk. Steuern zahlenden zwei Stimmen und sofort bis 10 Stimmen kommen. Bei der Debatte über diesen Entwurf erklärte sich ein Theil der Freisinnigen mit den Aenderungen einverstanden, ja, der freisinnige Abg. Georgi warf sogar denjenigen seiner Parteigenossen, die der Vorlage nicht zustimmen wollten, vor, sie fürchten sich, daß ihnen das freisinnige Mäntelchen von der Seite genommen werden möchte, und sein Parteifreund, der Abg. Swaine, bezeugte es ausdrücklich als notwendig, den besitzenden Klassen ein höheres Stimmrecht zu geben. Maßgebend für dieses sonderbare Verhalten der Freisinnigen war die Furcht vor der Socialdemokratie, und das mag denn auch die Begründung dafür gewesen sein, daß selbst diejenigen Freisinnigen, die sich ursprünglich für das Steuerstimmrecht aussprachen, schließlich doch der reaktionären Vorlage zustimmten.

Beschwerden beim Minister

über die amtliche Wahlmacht scheinen bei den Liberalen sehr beliebt zu sein. Über die Herren blamirten sich damit gar oft. Ein neuer Fall. Das liberale Wahlcomitee zu Schneidemühl hat an den Minister des Innern Herrn von der Recke nachstehende Beschwerde über ungelegliche Wahlbeschränkungen und Wahlbeeinträchtigungen gerichtet: „Seit Aufstellung der Candidatur des gemäßigt liberalen, auf regierungsfreundlichem Boden stehenden Directors Ernst in Schneidemühl erscheinen in den Kreisblättern der Kreise Jülich, Ebernau, Kolmar fortgesetzt von den Kreisbehörden invidierte Artikel, die nicht nur den Candidaten, sondern auch die liberale Wählererschaft mit Schmutz bewerfen. Seitens der Districtcommisars in Kolmar, Schönlanke und Samotzschin wird offenkundig auf die Gastwirthe eingewirkt, dem liberalen Candidaten die Sociale zu verweigern, auch werden andere Einschüchterungsversuche gemacht. Beweise stehen zur Verfügung. Wir bitten dringend, die Kreisbehörden und deren nachgeordnete Organe anzuweisen zu wollen, sich in den Schranken des Gesetzes zu halten, damit den Wählern ihr durch die Verfassung gewährleistetes Wahlrecht nicht verkümmert werde.“

Die Beschwerde ist ja an und für sich nicht unberechtigt, wenn es auch große Naivität verräth, vom Minister Abhilfe zu erwarten. Aber die Betonung der „Regierungsfreundlichkeit“ des Candidaten zeugt von einer gewaltigen tactischen Ungeschicklichkeit. Denn danach muß man ja annehmen, daß die Liberalen“ es für durchaus zulässig halten, wenn nicht „regierungsfreundlichen“ Candidaten durch Eingreifen der Behörden Schwierigkeiten gemacht werden.

Wie man uns behandelt.

Bei dem Vertrauensmann der socialdemokratischen Partei in Colmar (Elsz) wurde vor einigen Tagen eine polizeiliche Hausdurchsuchung vorgenommen. Man suchte nach — ungeleglichen Schriften, wie sich der Vertreter der Behörde ausdrückte. Der Commissar war mit zwei Wachmännern zu der staatsretterischen That ausgezogen. Mehrere Papierschneitel, auf denen weiter nichts als Zahlen geschrieben standen, wurden als staatsgefährlich beschlagnahmt, sogar die März- und Mainummern der Buchhandlung des „Vorwärts“ wurden nicht gespart. Der Beamte wollte selbst einen Posteinlieferungschein über 13 Mark mit Beschlagnahme und ließ davon erst ab, als unser Vertrauensmann ihn für die Summe hafbar machte, wenn der Schein verloren gehe. Endlich wurden etwa 250 Wahlmarken beschlagnahmt; das aber, was man anscheinend suchte, Circulare und Flugblätter, wurde nicht gefunden. Die liebe Polizei — so bemerkt zu dieser neuesten Polizeithat unser reichslandisches Parteiorgan — braucht danach nicht zu suchen; das erste Exemplar des socialdemokratischen Wahlaufrufes, das in Colmar zur Ausgabe gelangt, wird der Herr Erste Staatsanwalt in Person erhalten.

Nationalliberale Selbstkenntnissung.

In Kaiserlautern hat die nationalliberale Partei den Beschluß gefaßt, den Wahlkreis, in dem einst Herr v. Miquel gewählt wurde, preiszugeben und für die Hauptwahl zunächst den Parteifreunden anheim zu geben, so sie sich der Zustimmung enthalten oder für den Candidaten des Bundes der Landwirthe Dr. Köstke stimmen wollen.

Freisinn von Nord und Süd.

Die volksparteilichen Brüder vom süddeutschen demokratischen und vom norddeutschen freisinnigen Stamm liegen sich in Bayern bezähnt in den Saaten. Gegen den Abg. Weich von der Freisinnigen Volkspartei ist, wie der „Frankf. Ztg.“ aus Jülich geschrieben wird, die Agitation seitens der Deutschen Volkspartei in Jülich-Erlangen in vollem Gange. „Die Redaction Ruppel und Bierfeld (Jülich, Anzeiger) haben bereits 13 Versammlungen abgehalten, die durchweg vom besten Erfolge begleitet waren. Die Stimmung ist der demokratischen Sache durchweg günstig. In den nächsten Tagen wird Dr. Conrad sich persönlich an der Agitation betheiligen.“ — Das ist, meint die „Berl. Volksztg.“, offenbar die Antwort darauf, daß Dr. Conrad vor einiger Zeit von dem partei-offiziösen Organ der Freisinnigen Volkspartei als nicht ernst zu nehmender parlamentarischer Lächerlich gemacht wurde. Und das passiert zwischen „bescheidenen Parteien“.

Weiteres aus der Wahlbewegung.

Wahlversammlungen mit Concert, das ist die neueste Erscheinung der diesjährigen Wahlbewegung. Der „Frankf. Ztg.“ liegt eine Einladung zu einer nationalliberal-conservativen Wähler-Versammlung in Duisburg vor, die sie zu Ruh und Frommen aller dazwischen, die um Inanspruchnahme zugräftiger Versammlungen in Verlegenheit sind, im Wortlaut mittheilt:

1. Tadel-Overture von Bach.
 2. Eröffnungsbrede: Herr Hauptlehrer Dimesbahl.
 3. Es liegt eine Krone“, Bariton-Solo.
 4. Kaiserhast: Herr Kaufmann Carl Schwoers.
 5. Heil dir im Siegetranke.
 6. Romaneska-Fantazie von Hoff.
 7. Rede des Generalsecretärs der nationalliberalen Partei Herrn C. A. Pätzig aus Berlin.
 8. Ich hab' mich ergeben.
 9. Kaiser-Quadrille von Glatas.
 10. Weiserlieb“, Bariton-Solo.
 11. Schlussspruch: Herr Fabrikbesitzer A. Curtius.
 12. Deutschland, Deutschland über Alles.
 13. Soldaten-Parade von Seidenglanz.
 14. Deutscher Reichslieder-Marsch von Friedemann.
- Man kann der Wähler für freies Entree gewiß nicht verlangen. Was hier geboten wird, geht noch über die wissenschaftlichen Wahlversammlungen. Nur der Rang fehlt noch als würdiger Abschluss dieses Wohlbergnügens, vermuthlich aber haben als Ersatz dafür die nationalliberalen Redner den gewohnten politischen Gierlang vollführt. Besonders passend scheint uns die Nummer 8 des Programms ausgewählt zu sein; auf die Rede des Herrn Pätzig werden wohl alle mit vollster Uebereinstimmung in den Vers einstimmen haben. „Ich hab' mich ergeben.“

Aus aller Welt.

Ein Hansen-Mann ertrunken. Durch Ertrinken in der Elbe bei Hamburg hat am 21. Mai Nacht einer der Teilnehmer der Nansen'schen Expedition, der Maschinenist Carl Pettersen, seinen Tod gefunden. Er war in Schweden geboren und diente seit 1888 als Schmied im Minenwesen der norwegischen Marine, wo er 1893 Abschied nahm, um die Nansen'sche Expedition mitzumachen, bei der er als Schmied fungirte. Nach der Rückkehr der Expedition wurde er Heizer bei der Eisenbahn und war zuletzt Maschinenist. Diesen Posten hatte er vorigen Monat aufgegeben, um eine Stellung als Maschinenist in Hamburg anzunehmen. Dort erkrankte Pettersen nun. Seine Leiche wurde an Bord eines norwegischen Dampfers nach Horten, in der Nähe von Christiania gebracht, wo die Beisetzung Sonnabend, den 28. d. Mts., erfolgte. — Es ist eine eigenartige Schicksalsfügung, daß der Mann, der drei Jahre lang allen Gefahren in Nacht und Eis getrotzt hat, jetzt seinen Tod in den Wassern der Elbe finden mußte. Allen denen, welche Nansen's wundervolles Buch über seine Nordpolfahrt gelesen haben, ist der biedere Carl Pettersen ein lieber Bekannter, und die Kunde von seinem jähen Tode wird bei ihnen ein Gefühl des schmerzlichen Bedauerns wachrufen.

Ein fünfzehnjähriger Lehrling erschoss in Euerpplingen-burg beim Spielen ein junges Mädchen unter dem Ruf: „Du hast lange genug gelebt.“ Die Kugel drang in den Kopf des Mädchens, welches, wie die „Braunschweiger Neueste Nachrichten“ melden, sofort todt war.

Familien-drama. In Dresden versuchte am Sonnabend eine Frau Kürschner sich und ihre beiden Kinder, einen 1894 geborenen Knaben und ein 1895 geborenes Mädchen, zu tödten. Einem Kinde hatte die Mutter eine Hand abgeschnitten. Man fand die drei Personen in dem gemeinsamen Bette schwer verletzt vor. Die Verletzten wurden ins Stadt Krankenhaus gebracht. Die Mutter und ein Knab dürften schwerlich von dem Leben davon kommen.

In die Dynamitfabrik von Jahn bei Beggau schlug, wie aus Graz gemeldet wird, der Blitz Eine Hütte flog in die Luft, wobei ein Arbeiter getödtet und zwei verwundet wurden.

In Folge fortwährenden Regens sind die Bergleuten am Saag in Böhmen und die auf denselben befindlichen zahlreichen Hopfengärten und Gärten ins Ruftchen gerathen. Da die Bewegung anhält, ist die Bevölkerung in großer Aufregung. — In Prag herrscht große Besorgnis. Die Ernte könnte durch das anhaltende Regenwetter vernichtet werden. Ganz besonders leiden die Rüben unter der Nässe.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 31. Mai 1898.

Zur Reichstagswahl! Parteigenossen!

Denkt an den Wahlfonds! Der Wahlkampf erfordert Geld, Geld und nochmals Geld!

Die noch nicht wahlberechtigten Genossen, welche am Wahltag im Landkreise thätig sein wollen, werden dringend erlucht, ihre Adressen dem Wahlcomitee thunlichst bald zu übermitteln.

Das Wahlbureau der socialdemokratischen Partei befindet sich im Vereinszimmer in Edlich's Brauerei „In den drei Tauben“, Neumarkt 8 und Ziegengasse 1, und ist täglich geöffnet von Vormittags 8 bis Abends 8 Uhr, Sonntags von 8 bis 2 Uhr Nachmittags. Unentgeltliche Auskunft in allen Reichstagswahlangelegenheiten.

Briefe u. an den Vorsitzenden Paul Heppner, Gelder nur an den Kassier Gustav Tige, daselbst.

Arbeitslose Parteigenossen

sucht das socialdemokratische Wahlcomitee zur Verwendung bei der Agitation. Dieselben können sich melden im Wahlbureau, Neumarkt 8, „Drei Tauben“.

Wählerversammlung.

Die am ersten Pfingstfeiertag im Saale des „Edoll“ stattgefundene Wählerversammlung, in welcher Genosse Tuhauer, Reichstagscandidat für Breslau-Ost, seine Wahlrede hielt, war, wie das bei Versammlungen unserer Partei nicht anders zu erwarten ist, überaus zahlreich besucht. Bis auf den letzten Platz war der Saal gefüllt, auch die Gallerien waren besetzt. Das Bureau bildeten die Genossen Heppner, Lucas und Gerhardt.

Das allgemeine, geheime, gleiche Wahlrecht, so leitete der Redner seinen Vortrag ein, ist das heutige Wahlrecht, das das Volk sich nicht rauben lassen darf. Wer dieses heiligste Recht angreife, der müßte bestraft werden. Das allgemeine gleiche Wahlrecht verdanken wir aber keiner Partei, wir verdanken es zum Theil dem Umstande, daß die Vertheilung an den Landtagswahlen stets eine schwache war, wie sie es auch jetzt noch ist. Bismarck mußte darauf in der Erwartung, dieser Schandenbrand werde auch bei dem allgemeinen, gleichen Stimmrecht zur Reichstagswahl beim Volke fortbestehen und zum Vortheile der Regierung ausfallen. Darin habe sich Bismarck gründlich getäuscht. Der Individualismus des Volkes begann immer mehr zu schwinden und während die Zahl der Wähler für den preussischen Landtag nur etwa 18 Procent betrug, wählten etwa 70 Procent aller Wähler zur Reichstagswahl. Das deutsche Volk hat begriffen, welcher hoher Werth der Vertheilung an der Wahl der gesetzgebenden Körperschaften zukommt. Die Forderungen der Socialdemokratie gehen jedoch bezüglich der Wahlen viel weiter. Die Socialdemokratie strebt danach, daß jeder Deutsche schon mit dem 20. Jahre sein Wahlrecht ausüben kann, ist er mit 20 Jahren schon reif genug, im Heere zu dienen, so mußte man ihn auch für politisch reif erklären und ihm das Wahlrecht in diesem Alter gewähren. Das Wahlrecht sollte auch den Frauen nicht vorenthalten werden, auch für diese Forderung trete die Socialdemokratie energisch ein. Nachdem sollten die Wahlen stets an Sonntagen abgehalten werden, wenigstens aber sollte man den Wahltag als einen gesetzlichen Feiertag erklären. (Allgemeine Zustimmung.) Die Socialdemokratie wolle auch, daß das allgemeine, geheime, gleiche Stimmrecht auf alle Wahlen, Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen ausgedehnt werde. Redner geht sodann auf die bevorstehende Reichstagswahl ein. Die Wahl in Breslau, das hoffe er zuversichtlich, werde wieder der Socialdemokratie den Sieg bringen, die Parteigenossen werden es verstehen, den Wahlhammer wuchtig zu schwingen, sie werden darauf schlagen, daß die Junken sprühen, daß den Gegnern angst und bange wird! (Lebhafter Beifall.) Aber schon im ersten Wahlgange müßte der Sieg unser sein, und das nicht nur in Breslau, auch im Breslauer Landkreise müßte der Sieg diesmal erspäht werden. Jetzt, zu den Pfingstfeiertagen, hätten die Genossen Gelegenheit, auf's Land hinauszufragen und die socialistischen Ideen zu verbreiten. Hier sei es nöthig, unablässig thätig zu sein, um den Gegen-candidat, Limburg Strass, den Reactionär, aus dem Felde zu treiben. Nachdem der Redner sich mit der Diätenfrage für die Parteimitglieder im Reichstage, sowie mit der Eintheilung der Wahlkreise befaßt und diese Fragen in kräftiger Weise eingehend beleuchtet hatte, nahm er sich die gegnerischen Parteien vor. Genosse Tuhauer erklärte dann, wie die freisinnige Partei im Jahre 1894 durch ihre Zustimmung dazu beitrug, daß das Socialstimmrecht aus 6 Jahren verlängert wurde, wie die freisinnige Partei in Breslau im Jahre 1890 wiederum die gegen das Socialstimmrecht, welche die Socialdemokratischen Kandidaten zu Falle bringen. Er zeigte auch, daß es mit dem Wohlwollen der Freisinnigen für die Beherrschung nicht weit her sei. Noch energischer packte der Vortragende die Kraut- und Schlotbarone an, deren Sündenregister er aufrollte. Er zerpfückte den conservativen Wahlaufreiß, der sich belantheitlich ausschließlich gegen die Socialdemokratie richtet. Es war ihm ein Leid, die dreifachen Lügen in demselben zu widerlegen und das ganze Lügenweb in gehöriger Weise zu kennzeichnen. Redner wies darauf hin, wie man seitens der Conservativen trotz aller gegen-theiliger Behauptungen doch darauf ausgeht, das Wahlrecht dem deutschen Volke zu beschneiden, so daß, wenn ein Cartell-Vertrag erzielt werden sollte, es dazu kommen würde, daß wir zum letzten Male für den Reichstag gewählt hätten. Sage doch das Bismarck'sche Organ, die „Hamburger Nachrichten“ offen, daß jeder Wähler das 30. Lebensjahr erreicht und mehrere Jahre am Orte gewohnt haben solle. Unter ungeliebter Aufmerksamkeit der Versammlung schäbete Genosse Tuhauer alsdann die Anziehung der Steuerfahndung, das System der indirecten Steuern. Er gab hier zahlensmäßiges, untrügliches Material an, gegen das Niemand anzukämpfen vermag. Es ist geradezu erstaunlich, wie die Zoll- und die indirecten Steuern für die nothwendigsten Lebens- und Genussmittel gewachsen sind. Im Jahre 1876/77 kamen pro Kopf der Bevölkerung für Zölle 2.46 Mk., 1895/96 dagegen mehr als das Dreifache 7.48 Mk. Die Tabaksteuer brachte 1876 pro Kopf 42 Pf., 1896 dagegen 1.14 Mk. Zucksteuer 1876 1.16 Mk., 1896 1.90 Mk. Salzsteuer stieg von 92 auf 93 Pf. pro Kopf. Die Brauksteuer von 57 auf 85 Pf. Im Ganzen hatte das deutsche Reich im Jahre 1876/77 pro Kopf für Zölle und indirecte Steuern 6.89 Mk. aufzubringen, im Jahre 1896/97 16.24 Mk. Eine Arbeiterfamilie mit 3 Kindern hat demnach im Jahre über 80 Mk. an indirecten Steuern aufzubringen. Und da behauptet das conservativ-flugblatt in der bei den Conservativen gewöhnlichen Arroganz, der Arbeiter brauche keine Steuer zu zahlen! (Beifall.) Aber auch ein anderes Beispiel stellte der Redner in Betreff der Steuerzahlung auf. Er wies nach, daß eine Arbeiterfamilie von 5 Personen, die ein Einkommen von unter 900 Mk. besteuert, 7-8 pCt. Steuern zahlt, während diejenigen, die ein Einkommen von Millionen haben, nur 1 pCt. ihres Einkommens besteuern. Der arme Mann ist daher im Verhältniß 7-8 Mal höher besteuert als der Millionär.

Es ist es da nicht notwendig, fragt Redner, daß derartige Uebelstände beseitigt werden? Trotz alledem bleiben die Junker, die Grundbesitzer, auf ihrem Schein bestehen; sie wollen nichts wissen von einer Herabsetzung der Getreidepreise; die jetzigen Preise, erklären sie, seien die Mindestpreise, unter welche die Landwirtschaft nicht gehen dürfe, wenn sie bestehen wolle.

Wer aber, fragt Redner weiter, hat den Nutzen von der Vertheuerung? Nur ein verschwindend kleiner Theil, der größte Theil der Landwirthe hat keinen Vorteil davon. Eine grobe Lüge der Conservativen sei es auch, wenn sie behaupten, die Socialdemokratie trete nur für die Arbeiter ein. Die Socialdemokratie nehme sich im Gegentheil jedes Bedrückten an, sei er Arbeiter, kleiner Handwerker, Unterbeamter oder Geschäftsmann. Genosse Tuhauer ermahnt die Genossen zum Schluss, bei der Reichstagswahl ihre Schuldbiligkeit zu thun, damit es heiße: „Die Socialdemokratie habe auf der ganzen Linie gesiegt!“ (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende stellte den Vortrag zur freien Discussion und fragte zunächst an, ob Gegner das Wort wünschten. Niemand meldete sich. Dagegen eröffneten die Genossen eine rege Debatte; die Ausführungen aller Redner deckten sich vollständig mit denen des Referenten. Es wurde darauf folgende Resolution mit Einstimmigkeit angenommen:

„In Ermägung, daß das allgemeine gleiche und directe Wahlrecht das wichtigste politische Recht des deutschen Volkes ist, und in der ferneren Ermägung, daß keine der bürgerlichen Parteien für Erweiterung dieses Rechtes ist, hält sich die heutige Wähler-versammlung — mit den Ausführungen des Referenten vollkommen einverstanden — für verpflichtet, bei jeder sich darbietenden Gelegenheit für die Wiederwahl der beiden Candidaten für Breslau-Ost und West, Genossen Tuhauer und Schoenlant zu agitiren, von deren Thätigkeit sie überzeugt ist, daß sie unentgeltlich für Erweiterung der Volkrechte eintreten und gegen jede Beschränkung derselben stimmen werden.“

Genosse Heppner forderte noch die Genossen, namentlich auch diejenigen, die das Wahlrecht noch nicht erlangt haben, auf, in die Agitation einzugreifen, und schloß dann mit einem dreifachen begeisterten ausgenommenen Hoch auf die Socialdemokratie die Wähler-Versammlung.

Ein socialdemokratisches Wahlflugblatt

wurde am ersten Pfingstfeiertag in einer Auflage von 100,000 Exemplaren in beiden Breslauer Wahlkreisen vertheilt. Die Verbreitung ging im Ganzen gut von Statten, würde aber noch besser und exakter ausgeführt worden sein, wenn nicht eine ganze Anzahl Genossen es vorgezogen hätte, Pfingstspaziergänge zu unternehmen, statt eine Stunde lang im Parteispaziergange zu arbeiten. Es soll an dieser Stelle doch aus Interesse zu arbeiten. Bei der Vertheilung der Flugblätter haben sich einzelne Parteigenossen wieder einige Verhöße gegen das Gesetz geleistet. So wurden vor dem Nicolathor mehrere Flugblattvertheiler von einem Scharmann zur Polizeiwache gebracht, dort natürlich vom Wachtmeister sofort wieder entlassen. Wenn lernen endlich alle unsere Schutzleute den Paragraphen 43 der Gewerbeordnung kennen? Ein Criminalbeamter untersuchte einem Vertheiler in einem Hause die Verbreitung, da während des Gottesdienstes eine solche nicht gestattet sei. Ebenso holte der Restaurateur Walter in Egeitnig eines Scharmann, um einen Flugblattvertheiler, der während der Kirchzeit in Walter's Local Flugblätter verbreitet hatte, zur polizeilichen Verhaftung zu bringen. Wir können das Local des Herrn Walter unter diesen Umständen unseren Gefinnungsgenossen natürlich nicht dringend genug zur Beachtung empfehlen.

Wahlpflicht für Eisenbahnbeamte und Arbeiter.

Das Amtsblatt der königl. Eisenbahndirection Breslau enthält folgende Bekanntmachung: „Besondere Pflicht der in einem staatlichen Betriebe beschäftigten Beamten und Arbeiter ist es, das jedem Staatsbürger verfassungsmäßig gebührende Wahlrecht auszuüben. Indem wir hierauf aufmerksam machen, weisen wir die Dienstvertheiler an, denjenigen wahlberechtigten Beamten, welchen das Amtsblatt nicht unmittelbar zugänglich gemacht wird, Person in geeigneter Weise Kenntniss zu geben und dafür Sorge zu tragen, daß soweit dies der Dienstvertheiler zuläßt, den Beamten und Arbeitern Gelegenheit gegeben wird, sich sowohl an den am 16. Juni d. J.“

stehenden Wahlen zum Reichstage, als auch an den demnächstigen Wahlen zum Hause der Abgeordneten zu betheiligen. Obwohl die Wahl zum Reichstage nicht auf einzelne Stunden des Tages beschränkt ist, sondern am ganzen Tage ausgeübt werden kann, so darf bei diesen Wahlen den Arbeitern die Ausübung der Wahl je nach den Umständen während der Arbeitszeit ohne Lohnstrafung gestattet werden. Für die durch die Beteiligung an den Wahlen zum Hause der Abgeordneten verfallene Arbeitszeit ist den Arbeitern eine Lohnvergütung zu gewähren."

Ohlau-Wippsch-Streben (Ohlau, Wansen, Wippsch, Streben etc.)

Jahr	Wahl	Stimmen	Ergebnis
1871	Stimmwahl	5691	2759
74	Nachw. 74	6045 3038	3190
77	Stimmwahl	11707	2647
81	Nachw. 74	9959	2734
84	Stimmwahl	8754 62	3120 180
87	Nachw. 74	10610	3540
90	Stimmwahl	1086 4856	3549 88
93	Nachw. 74	6480 8937	3991 2656 250
	Stimmwahl	7651	2798 2801 457
	Nachw. 74	11890	8071 1691 838
	Stimmwahl	6893	10711
	Nachw. 74	7993	6135 1013 1975

Ag. 1871 Major Schärer, Major, 74 Rittergutsbesitzer Friedenthal, Major, (hebt ab), 74 (Nachw.) Graf von Frankenberg, Major, 81 Bauerndirector Goldschmidt, lib. Ber., 84 von Goldfar, Major, 90 Bauerndirector Goldschmidt, Major, 93 Bauerngutsbesitzer Horber, com.

Socialdemokratischer Candidat: Former Oscar Schug in Breslau.

Es gibt doch noch Neues unter der Sonne.

In Mittel-Bohmen, Kreis Streben, sollte am 1. Feiertag eine socialdemokratische Wählerversammlung stattfinden. Der Gastwirth, Genosse Tschek, hatte dieselbe rechtzeitig angemeldet und die Bescheinigung darüber auch in Händen. Am Sonntagmorgen erschien der Gendarm und ließ sich das Schlußstück vorlegen, gab es aber nicht mehr zurück. Kurz vor der Zeit, zu welcher die Versammlung eröffnet werden sollte, erklärte der Beamte, daß dieselbe nicht stattfinden könne, weil der Einberuener geistig unzurechnungsfähig sei. Diese Mitteilung rief unter den zahlreich erschienenen Versammlungsbesuchern natürlich große Sensation hervor, denn das hatte keiner erwartet. Genosse Tschek hat schon mehrfach Versammlungen einberufen und auch geleitet, ebenso wenig hat unternommen sein sonstiges Verhalten irgend etwas ergeben, was auf geistige Unzurechnungsfähigkeit schließen ließe. Wertwüdig erscheint auch der Umstand, daß die Behörde erst im letzten Augenblick die Ueberzeugung von dem Jünglinge Tschek's gewonnen hat. Bemerkenswert ist übrigens noch, daß das Vereinsgesetz keine Bestimmung kennt, welche das Verhalten der Behörde irgendwie als gerechtfertigt erscheinen ließe. Die Versammlung wird jetzt für nächsten Sonntag einberufen werden und hoffentlich auch stattfinden können. Oder sollte sich inzwischen wieder ein anderer Hinderungsgrund einstellen? Möglich wäre das schon.

Zur Wahlbewegung in Ober-Schlesien.

Aus Giesowig wird uns geschrieben: Von allen Seiten hört man hier Klagen über die Mangelhaftigkeit der Wahlzettel. Sehr sehr groß ist die Zahl, welche ohne Grund nicht eingetragen werden konnten. Die Genossen haben beschlossen, die Commune der Wahlbehandlung insbesondere auch auf die Wähler aufmerksam zu machen und die Wahlzettel rechtzeitig zu geben, weil sie nicht in den Händen seien. Nach dem, was berichtet wird, ist es schon zu spät, um die Mangelhaftigkeit der Wählerzettel selbstverständlich zum Wahlrecht zu bringen.

Die in dieser Hinsicht unter so eigenthümlichen Umständen erfolgte Beschlagnahme von 222 Wahlzetteln wird nach Festlegung des künftigen Amtsgerichtes anspricht erhalten, weil gegen die Commune die in dieser Hinsicht ergriffene eine Unterbrechung wegen „groben Unfalls“

und „Störung der Sonntagruhe“ schwebt. Die Vertheilung geschah Mittags um 1 Uhr, also nicht in der Stille, obgleich auch die Vertheilung der Zettel in der Stille nicht strafbar gewesen wäre. Der grobe Unfall soll dadurch begangen worden sein, daß gelegentlich ein Exemplar der Schrift den Wählern durchs Fenster hineingerathen wurde.

Immer langsam voran! scheint der Wählerstand der in Wetzchen erscheinenden freisinnigen „Grenzzeitung“ zu sein. In der Nr. vom 28. d. Wts. fordert sie ihre Leser auf, doch ja die Wählerlisten nachzusehen, damit sie ihr Wahlrecht nicht verlieren. Weis die „Grenzzeitung“ nicht, daß die Auslage der Listen schon seit dem 25. beendet ist?

*** Zur Auflösung der Kaiser-Verfassung in Buzlau.** Auf die Beschwerde des Vorsitzenden der betreffenden Versammlung ist jetzt folgender Bescheid eingegangen: Buzlau, den 25. Mai 1898.

Auf die Beschwerde vom 5. d. Wts. wider die dortige Polizei-Verwaltung bez. die bei der öffentlichen Volksversammlung im Saal des Gasthofs „Zu den drei Kronen“ am 1. d. Wts. vom Polizei-Inspector von Gruchalla getroffenen Anordnungen erwidere ich Ihnen Folgendes:

Die Anordnung, vor der Versammlung Schirme und Stühle abzulegen, erschien nach den Umständen insofern angezeigt, als lebhafteste Erörterungen zu erwarten waren. In deren Verlauf es in der zahlreich betheiligten Versammlung und bei der herrschenden Aufregung leicht zu Unordnungen und Ausschreitungen aller Art kommen konnte. Diese Anordnung ist nicht auf Grund des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 sondern in allgemein polizeilichem Interesse erfolgt. Als Waffen sind die Stühle und Schirme nicht angesehen worden.

Die Auflösung der Versammlung aber, die der „berühmte“ Beamte wegen der vom Redner Stolze geäußerten höchsten Schmähung der kaiserlichen Polizei-Verwaltung und ihres Chefs, welche trotz der Verwahrung des genannten Beamten fortgesetzt wurde, nach vorheriger Androhung anzuordnen zu müssen glaubte, kann ich als begründet nicht erachten. So wenig die bezüglichen Ausführungen des Redners Stolze zu billigen sind, so enthielten sie doch keine Aufforderung oder Anreizung zu strafbaren Handlungen und verletzten das in der Beschwerde demängeltene Ehre nicht.

Ich habe Anlaß genommen, der Polizeiverwaltung das Entschuldigende zu erklären. Daher freilich, daß der Polizei-Inspector von Gruchalla wider besseres Wissen aus Unmündigkeit eingeschritten wäre, kann nicht die Rede sein.

Die Nichtverfolgung der polizeilichen Maßregel, betreffend die Abgabe von Schirmen und Stühlen, namentlich aber die Begründung derselben, erscheint uns mehr als sonderbar. Allerdings herrscht unter den Versammlungstheilnehmern eine gewisse Erregung darüber, daß die geplante Kaiserfeier durch mancherlei Verbote der Behörden arg beeinträchtigt worden war. Daß es aber in Folge dessen zu Thätlichkeiten und Ausschreitungen aller Art hätte kommen können, diese Gefahr lag nicht vor. Gehen wir hätten dieselben auch gerichtet sein sollen? Die Arbeiter, welche sich zur Kaiserfeier versammelten, haben etwas Besseres zu thun, als sich gegenseitig die Schädel einzuschlagen. Daß sich aber die „Thätlichkeiten und Ausschreitungen“ gegen die überwachenden Beamten hätten richten können, diese Annahme ist doch erst recht ausgeschlossen. Wir können also diesen Grund für die polizeiliche Fingersorge als nichtbegründet anerkennen. Nehmens wir nicht, aus Grund welcher Bestimmung diese im „allgemeinen polizeilichen Interesse“ liegende Anordnung getroffen werden kann. Das Wort haben jetzt die Buzlauer Arbeiter und das wird am 16. Juni gesprochen werden.

Neueste Nachrichten.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Das Madrid wird gemeldet: Eine Gerüchte über einen Sieg der Spanier bei Santiago de Cuba sind falsch. Der Santiago liegt unter 12 amerikanischen Schiffen, deren der größte ein Dampfer war, welcher nach dem Anlande in der „Terror“ in die See zurückgenommen.

Eine Depesche des „New-York-Journal“ aus Washington meldet, daß Geschwader des Admirals Sampson sei nach Key-West ausgeschickert und habe es dem Commodore Schley überlassen, die Flotte von Santiago fortzuführen. Gutem Vernehmen nach bezweckt Admiral Sampson einen Angriff auf Havana vor.

Der amerikanische Marineattaché hat eine Depesche des Commodore Schley empfangen, welche mittheilt, daß die spanische Flotte in Santiago ist.

Die Lage in den spanischen Provinzen verschlimmert sich; zahlreiche Fabriken sind geschlossen und Tausende von Arbeitern brotlos.

Die Stichwahlen in Belgien.

Bei den gestrigen Stichwahlen zur Abgeordnetenkammer wurden in Lüttich 6 Socialisten und 5 Radikale wiedergewählt. In Brüssel wurden die katholischen Candidaten gewählt; die Socialisten verlieren dort 4 Sitze. In Lüttich wurden 8 Socialisten gewählt; zu deren Gunsten ist ein katholisches und ein liberales Mandat verloren gegangen. In Solignies wurden die Socialisten und in Tournai die Katholiken wiedergewählt. Die Liberalen siegten in Vth, wo sie 2 Sitze von den Katholiken gewannen. In Termonde wurde der Minister de Bruyn ebenfalls wiedergewählt; sein christlich-demokratischer Gegner unterlag.

Ministerkrise in Italien.

Rubini hat mit seinem gesammten Ministerium vom Könige die Entlassung gefordert, doch soll er selbst mit der Neubildung des Cabinets wieder betraut werden. Seine Bemühungen haben noch nicht zu einem Resultat geführt. Rubini's Absicht soll sein, ein außerparlamentarisches Ministerium zu Stande zu bringen, in welchem von den alten Ministern nur wenige verbleiben. Bisher haben nur der ehemalige Kriegsminister Pelloux und Admiral Caneparis sich bereit erklärt, ein Portefeuille zu übernehmen, und zwar ersterer dasjenige des Aussen, der letztgenannte das der Marine. Zanardelli lebte ein Verbleiben im Cabinet entschieden ab.

Ständesamtliche Nachrichten.

Vom 28. Mai.

Eheschließungen. I. Schneidermeister Adolf Döring, kath., Weißberggasse 54, mit Maria Weiß, kath., daselbst. — Zimmermann Gustav Hasan, ev., Breitestraße 47, mit Susanna Hasan, kath., daselbst. — Hausdiener Wilhelm Rebl, ev.-luth., Neumarkt 17, mit Christiane Klose, ev.-luth., Schneidmüller Stadtgraben 13. — Feilenbauer Hermann Wäber, ev., Schmiedegasse 52, mit Johanna Nitsche, ev., Dammstraße 8. — II. Stationsdiätar Franz Sowa, kath., Nersdorf, mit Ludovica Nitsche, kath., Loutzenplatz 10. — Haushälter Heinrich Wisner, ev., Friedrich-Wilhelmstraße 61, mit Anna Danke, kath., Bobrauerstr. 51. — Bahnarbeiter Paul Lempe, kath., Friedrichstraße 71, mit Pauline Gieschewitz, ev., daselbst. — Geburten. II. Schüller Eduard Alfer, kath., S. — Eisenbahnarbeiter Ernst Schäfer, ev., I. — Feuerwehrmann Josef Jambroch, kath., I. — Weichensteller Wilhelm Scholz, ev., S. — Klempnermeister Albert Wäber, ev., I. — Schmitz Leo Walschütz, kath., I. — Conditor Karl Gelrich, ev., I. — Tischler Emil Nidel, ev., I. — Klempnermeister Jonas Wagner, kath., I. — Schlächter Oscar Lur, kath., S. — III. Tischler Reinhold Bisowetz, kath., I. — Monteur Paul Kneifel, ev., I. — Briefträger Carl Ulbrich, ev., S. — Schiffbauer Paul Koch, ev., S. — Arbeiter Matthias Ruchalla, kath., I. — Gepr. Leccometischer Gustav Geißler, ev., I. — Arbeiter Ernst Mandel, ev., S. — Feuerwehrmann Otto Puff, ev., I. — Arbeiter Carl Herrmann, kath., S. — Kürschner Maximilian Will, kath., S. — Maurer Josef Götzl, kath., S. — Schneider Paul Senck, ev., S.

Todesfälle. II. Müller Ernst Amlang, 44 J. — Eisenbahnarbeiter Witwe Johanna Eleonore Großmann, geb. Ertzer, 77 J. — Arbeiter Hermann Schmidt, 30 J. — Paul, Sohn des Arbeiters Johann Kopka, 5 J. — Martha, I. des Sattlermeisters Max Höhl, 4 Tage. — Wäber, Sohn des Ferners Heinrich Wrenzig, 4 Mon. — Friß, S. des Haushälters August Weiler, 19 Mon. — Schäfer-Witwe Johanna Dierert, geb. Garn, 90 J. — III. Bergelberrfrau Marie Holland, geb. Marthaler, 38 J. — Martin, S. des Schiffers Oscar Schneider, 6 Mon. — Willa, S. des Monteurs August Flugos, 3 Mon. — Arbeiterfrau Caroline Sterban, geb. Tischmeyer, 55 J. — Willa, S. des Gärtners Gust. Gabriel, 1 M. — Oskar, S. des Arbeiters Franz Kunde, 3 Tage. — Selma, I. des Schuhmachermeisters Karl Schmidt, 3 Wochen. — Arbeiter Wilhelm Wilsch, 36 J.

Lobe-Theater.

Gastspiel des Lobe-Theaters. Dienstag: **Abchieds-Gastspiel.** Ein Volksthum.

Günstiger Gelegenheitsfall

von neuen und gebrauchten guten Möbeln in Fußboden, mit u. hell, ganze Anordnungen, sowie einzeln zu sehr billigen, aber festen Preisen. Auch Gemälde für Rahmen und Ornate. 3391. **Goldner Badgasse 8, 1.**

Ein tüchtiger

Andrer oder Andrerin, der auf eigene Hand das Kochen und Putzen in einer Haushaltung übernehmen kann, kann eine feste Stellung mit gutem Lohn erhalten. Offerten mit Referenzen gel. u. 212 an 2247.

Emil Triers, in Max Regal.

Kunstreue-Expediton Kopplager.

Mexico (Schub)

10 Stück 45 Pf. **F. Kramarz,** Expeditions- und Reise-Geschäft, Friedrich-Straße 57.

Genossen

haben ihren und Collegen in E. Kramarz, Friedrich-Straße 57, alle genauen Angaben. **Carl 3 Markt.** 9431

Genossen

haben ihren und Collegen in E. Kramarz, Friedrich-Straße 57, alle genauen Angaben. **Carl 3 Markt.** 9431

Genossen

haben ihren und Collegen in E. Kramarz, Friedrich-Straße 57, alle genauen Angaben. **Carl 3 Markt.** 9431

Liegnitz.

Gewerlichkeits-Cartell

Dienstag den 2. Juni, Abends 8 Uhr.

Bersammlung

in den „drei Bergen“. Der Polzei-Beamte werden nach dieser Zeit nicht mehr einreisen dürfen. Der Vorstand.

Socialdemokratisches Liedbuch

Preis 40 Pf.

Gewerlichkeits-Cartell

Preis 40 Pf.

Gewerlichkeits-Cartell

Preis 40 Pf.

Gewerlichkeits-Cartell

Preis 40 Pf.

Gewerlichkeits-Cartell

Preis 40 Pf.

Wegen Umbau

das ganze Sommer-Lager

wirklich billig

in allerhöchster Weise

Herrn-Anzüge

zum nächsten Sommer nur 10 Mk.

nach neuester Mode

Herrn-Anzüge

in allen Größen nur 12 Mk.

in den neuesten Schnitt

Herrn-Anzüge

gleich, modern und elegant nur 15 Mk.

in allen Größen und Farben

Herrn-Anzüge

mit und ohne Reifer nur 18 Mk.

das Beste der Saison

Herrn-Anzüge

mit und ohne Reifer nur 20 Mk.

in allen Größen und Farben

Goldene 74

Genossen!

Anzüge, Paletots, Beinkleider, nice Knaben- und Burschen-Anzüge

kaufen Sie bei mir ein **Dritttheil** billiger

als im **Ladengeschäft.**

Nur das Allerneueste und Beste.

Durch **Ersparnis** der enormen Geschäftspreise

ist es im Stande, mich mit dem kleinsten Nutzen zu begnügen.

Ich bitte daher die geschätzten Genossen

mich bei Bedarf gütlich unterstützen zu wollen.

S. Hartig, Breslau

Ohlauer-Straße 84, I. Etage

Eingang Ecke Schubbrücke.

Gegründet 1879.